

Pressemitteilung – 23.04.2026

Notfallreform vernachlässigt Hilfen in seelischen Krisen

Die Aktion Psychisch Kranke e. V. (APK) bedauert, dass der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform der Notfallversorgung noch immer keine verlässliche und flächendeckende Hilfe für Menschen in akuten seelischen Krisen vorsieht.

Ein erheblicher Anteil der Menschen, die Hilfe in den Notaufnahmen suchen, benötigt Hilfe aufgrund einer seelischen Krise. Es ist gut und dringend notwendig, dass in den Integrierten Notfallzentren (INZ) künftig auch psychiatrische Expertise vorhanden sein soll. Doch was fehlt, ist eine systematische Stärkung psychischer Notfallhilfen und deren regelhafte Einbindung in die Notfallversorgung – auch außerhalb der Krankenhäuser im regionalen Versorgungskontext. Regionale Vereinbarungen mit Krisenhilfen, wie sie der Gesetzentwurf vorsieht, sind hilfreich. Das Fehlen von Krisenhilfen in weiten Teilen Deutschlands birgt das Risiko von Fehlsteuerung und gefährdet, dass Menschen in seelischen Krisen schnell, niedrigschwellig und verbindlich organisiert Zugang zu passgenauer Hilfe erhalten. Sozialpsychiatrische Dienste können dabei nur ein Baustein sein. Krisenhilfen bei psychischen Notlagen und ihre Verknüpfung mit den Notfalldiensten sind rund um die Uhr und an jedem Tag in der Woche notwendig.

Die Psychiatrie-Enquête hat schon vor über 50 Jahren gefordert, Menschen mit psychischen Hilfebedarf nicht schlechter zu stellen als solche, die aufgrund körperlicher Krankheiten Hilfe benötigen. Eine chancengerechte Versorgung von Menschen mit psychischen (und somatischen Erkrankungen) im Notfall ist überfällig. Die konsequente, strukturelle Stärkung der psychischen Notfallhilfen, der Einbezug psychosozialer Krisendienste und die breite Einbindung von Fachkompetenz von Psychiaterinnen bzw. Psychiatern und Psychotherapeutinnen bzw. Psychotherapeuten ist dringend zu empfehlen. Ziel muss ein tragfähiges System sein, das Menschen in akuten Krisen tatsächlich erreicht.

Hinweis: Hierzu finden Sie weitere Informationen in der Handlungsempfehlung „Ambulante niedrigschwellige Notfallhilfen“, die im Rahmen des Psychiatriedialogs 2018-2022 erarbeitet wurde.

(Vgl. https://www.psychiatriedialog.de/fileadmin/downloads/Informationen_Dialog/230227_Projektbericht_Dialog_gesamt_bf.pdf siehe S.62ff)

Vorstand ■ Dr. Kirsten Kappert-Gonther, MdB, Vorsitzende, Bremen ■ Prof. Dr. Peter Brieger, stellv. Vorsitzender, München ■ Matthias Rosemann, stellv. Vorsitzender, Berlin ■ Prof. Dr. Katarina Stengler, Schatzmeisterin, Leipzig ■ Prof. Dr. Caspar Kulenkampff, Ehrenvorsitzender, Köln † ■ Dr. Dieter Grupp, Bad Schussenried ■ Prof. Dr. Michael Kölch, Rostock ■ Dr. Elke Prestin, Bielefeld ■ Prof. Dr. Dr. Michael Rapp, Potsdam ■ Pascal Reddig, MdB, Hanau ■ Evelyn Schötz, MdB, Nürnberg ■ Prof. Dr. Ingmar Steinhart, Dortmund/Greifswald ■ Gudrun Weißenborn, Berlin ■ Celia Wenk-Wolff, München ■ Serdar Yüksel, MdB, Bochum ■ Dr. Dyrk Zedlick, Leipzig

Bankverbindung ■ Sparkasse KölnBonn IBAN DE44 3705 0198 0011 7028 67 (BIC COLSDE33)